

Der Radikalen- erlass in den Medien

Hanna Legatis

**Mitglied des Arbeitskreises zur Beratung der
Niedersächsischen Landesbeauftragten für die
Aufarbeitung der Schicksale im Zusammenhang
mit dem sogenannten Radikalenerlass**

**„Wir werden nicht zulassen,
dass Kommunisten unsere Kinder
zu Kommunisten **erziehen.**“**

CDU-Wandzeitung

025

**„Lieber stelle ich
20 Kommunisten ein, als dass ich
200.000 junge Leute **verunsichere.**“**

Hans-Ulrich Klose, Erster Bürgermeister
von Hamburg 1974 – 1981 (SPD)

Die diametral entgegengesetzten Meinungen, die sich in den beiden Aussagen widerspiegeln, skizzieren die tiefen Gräben, die die westdeutsche Gesellschaft durchzogen, als der Radikalenerlass 1972 verabschiedet und in den Folgejahren umgesetzt wurde. Die Auseinandersetzungen fanden keineswegs nur zwischen politischen Parteien wie der CDU / CSU und der SPD statt. Sie prägten vielmehr fast alle zivilgesellschaftlichen Bereiche, Schulen, Universitäten, Ausbildungsstätten, sie spielten sich auf der Straße, zwischen den Generationen und in Familien ab.

Und sie charakterisierten die Medienlandschaft. Es gab konservative Publikationen wie die FAZ, den Münchner Merkur und vor allem die Zeitungen des Springerverlages¹, die bereits seit den 1960er Jahren nahezu alle Akteurinnen und Akteure der Friedens- und der Studentenbewegung sowie jede und jeden, dessen Meinungsäußerungen sie als „links“ verdächtigten, heftig angriffen. Auf der anderen Seite waren da liberalere Medien wie die Frankfurter Rundschau, die ZEIT und der SPIEGEL, die sich mit den Protesten der außerparlamentarischen Opposition und der Neuen Linken differenzierter auseinandersetzten.

Der folgende Text ist als eine Medienbetrachtung verschiedener Veröffentlichungen ab Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre in der Bundesrepublik zu verstehen. Er hat nicht den Anspruch, eine umfassende Analyse aller medialen Produkte zu liefern, die in diesem Zeitraum zum Radikalenerlass erschienen sind. Eine solche Arbeit ist in der für die Erstellung dieser Dokumentation vorgegebenen Zeit nicht zu leisten. Aus demselben Grund muss eine Beschränkung auf Printmedien vorgenommen werden.²

Außerdem konzentrieren sich die Ausführungen nicht allein auf die Jahre 1975, 1979 und 1984 – sie wurden als Schwerpunkte für die Dokumentation ausgewählt – sondern beziehen andere Zeiträume mit ein. Denn die mediale Rezeption der Themen „Radikalenerlass“ und „Berufsverbot“ richtete sich nicht nach Terminen wie zum Beispiel der Beschluss-Verabschiedung oder dem Zeitpunkt von Anhörungen und Gerichtsurteilen, sondern orientierte sich an gesellschaftlichen Stimmungen und politischen Differenzen verschiedener Parteien. Diese wiederum entwickelten sich über längere Zeit.

So nimmt in diesem Text die Zeit vor dem Radikalenerlass, also vor 1972, breiteren Raum ein, entwickelten sich doch hier Konfrontationen in der westdeutschen Gesellschaft, die letztlich zu dessen Verabschiedung beitrugen.

Ein Land im Umbruch

Diese Konfrontationen polarisieren auch die Medienlandschaft und lassen sich bereits Mitte der 1960er Jahre erkennen. Sie begleiten den gesellschaftlichen Umbruch, in dessen Folge der Radikalenerlass zustande kam. Deshalb ein Beispiel für die mediale Polarisierung aus der frühen Zeit der Friedensbewegung. Die begann in Deutschland mit Kritik an der US-Kriegsführung in Vietnam und dem Ruf nach Frieden in dieser Region. Schriftsteller³, Künstler und Wissenschaftler formulierten im Dezember 1965 eine Erklärung, in der sie forderten, den Vietnamkrieg sofort zu beenden.⁴ Das US-Engagement in Südostasien berge bedrohliche internationale Folgen: „Dabei geht es nach Angaben führender amerikanischer Militärs [...] um die Erprobung neuer Waffen und Techniken zur Niederschlagung von Volksaufständen in anderen Teilen der Welt.“

Zeitungen des Springer-Verlages distanzieren sich von solchen Protesten, definierten sie die USA doch als „Schutzmacht“ Deutschlands gegen die Sowjetunion im Kalten Krieg. Entsprechend riefen sie die Berliner Bevölkerung zu Spenden auf, von denen für die Hinterbliebenen der in Vietnam gefallenen US-Soldaten kleine Porzellannachbildungen der sogenannten „Freiheitsglocke“⁵ und Medikamente für das Kriegsgebiet gekauft werden sollten. „Weil wir Berliner

- 1 In dem hier untersuchten Zeitraum gehörten dazu WELT, BILD, WELT am SONNTAG, B.Z., Berliner Morgenpost, Hamburger Abendblatt.
- 2 In diesem Zusammenhang geht der Dank der Autorin speziell an Claus Ritzler, den Mitarbeiter des Springer-Archivs, für seine hervorragende Vorbereitung der Archivrecherche und die Bereitstellung von Materialien.
- 3 Die männliche und weibliche Form wird zwanglos abgewechselt, um deutlich zu machen, dass es sich bei Gruppennennungen immer um Männer UND Frauen handelt. Damit sind keine endgültigen Funktionsfestlegungen oder die Herabsetzung eine Geschlechtes verbunden.
- 4 ZEIT Nr. 51/ 1965, www.zeit.de/1965/51/die-erklaerung.
- 5 Die Freiheitsglocke befindet sich im Turm des Schöneberger Rathauses in Berlin und wurde dort 1950 als Symbol für ein freies Europa aufgehängt. In Zeiten des Kalten Krieges wurde sie vor allem als Freiheitszeichen gegen das sowjetische Herrschaftssystem interpretiert.
- 6 Zit. aus SPIEGEL Nr. 52/ 1965.
- 7 Ebd.

wissen, dass die Amerikaner bereit sind, mit dem Leben ihrer Soldaten unsere Freiheit zu verteidigen“, textete der Springer-Verlag.⁶

Ganz anders die Verfasser der **Friedens-Erklärung**, die in ihrem Papier auch die deutsche Regierung kritisierten: „Der Konflikt entwickelt sich immer mehr zu einem Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk [...] Durch die moderne Strategie der Verbrannten Erde droht sich hier der Tatbestand des Völkermords zu erfüllen. [...] Angesichts dieser Tatsachen distanzieren wir uns von der moralischen und finanziellen Unterstützung des Vietnamkrieges durch die Bundesregierung.“ Das Schriftstück wurde in der ZEIT komplett abgedruckt. Unterschrieben hatten es neben vielen anderen Ingeborg Bachmann, Hans Magnus Enzensberger, Inge Aicher-Scholl, Heinrich Böll, Ernst Bloch, Erich Kästner, Klaus Wagenbach, Helmut Gollwitzer, Wolfgang Neuss und Erich Fried. Der Münchner Merkur besah sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner und urteilte: „Ein paar ehrliche, jedoch einfältige Leute, viel schlampige Frauenzimmer und Jünglinge, die so aussehen, als röchen sie etwas streng.“⁷

Schnell wird deutlich, dass sich in der Medienrezeption der Protestbewegungen der 1960er und 1970er Jahre die Darstellung politischer Meinungsverschiedenheiten mit Diffamierungen

und Diskreditierungen der jeweiligen Akteure vermischt. Die Wortwahl in den konservativen Zeitungen verschärfte sich in dem Maße wie sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf den bundesdeutschen Straßen, bei Versammlungen, in Hörsälen, Behörden und Kneipen zuspitzten.

Zum einen war es die Hoch-Zeit des Kalten Krieges. Die Angst vor dem Kommunismus wurde medial und politisch geschürt, so als stünde eine sowjetische Invasion in Berlin und in ganz Westdeutschland unmittelbar bevor. Antikommunismus war im Bewusstsein vieler Deutscher tief verankert. Gleichzeitig bahnte sich ein Umbruch an, von dem zu Beginn noch niemand ahnte, dass er die bundesdeutsche Gesellschaft bis ins Mark treffen würde.

Aufmerksam geworden durch die erwähnte Friedensbewegung protestierten Studentinnen und Studenten gegen die Verhältnisse im eigenen Land. Sie stellten im Lauf der Zeit alle Errungenschaften und alle Autoritäten in Frage. Damit entsprachen sie durchaus Empfindungen, die noch tief im gesellschaftlichen Unterbewusstsein schlummerten. Hatte sich doch das „Wirtschaftswunder“ der Adenauer-Ära am Ende als ein Aufschwung erwiesen, an dem keineswegs alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben konnten. Die Arbeitslosen-

zahlen stiegen, das Zechensterben begann. Skandale ließen sich nicht mehr unter der Decke halten: Vor allem die Tatsache nicht, dass Männer und Frauen, die tatkräftig in das NS-Regime verstrickt waren, unbehelligt politische Funktionen ausübten. Als Kanzler, Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten. Ehemalige Nazis waren überall zu finden – zum Beispiel auch in Spitzenfunktionen der Justiz.

77 Prozent der leitenden Beamten im damaligen Bonner Justizministerium hatten als NSDAP-Mitglieder den Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 aktiv mitgestaltet. Sie saßen aber auch im Bundeskriminalamt, beim Verfassungsschutz, im Außenministerium, in Schulen, an Universitäten.

Die junge Generationen befragten Eltern und Großeltern nach ihrer Rolle im Naziregime und stieß häufig auf Abwehr oder unwirsches Schweigen.

Über den Tellerrand zu schauen, sich für kulturelle und politische Ereignisse in anderen Ländern zu interessieren, wo längst Proteste gegen Aufrüstung und Rassendiskriminierung brodelten, wo neue Musik erklang und freche Filme gedreht wurden, inspirierte viele junge Deutsche zum kritischen Blick auf die heimatlichen Institutionen und Wertvorstellungen.

- 8 www.medienarchiv68.de Das Archiv wurde am 17.1.2010 online gestellt. Es enthält Artikel, Kommentare, Leserbriefe und Glossen, darunter nicht nur Beiträge aus der Springerpresse, sondern unter anderem auch aus dem Tagesspiegel.

Sie prangerten ungerechte Arbeitsverhältnisse an, den Bildungsnotstand, nahmen die verkrustete Sexualmoral der bürgerlichen Gesellschaft ins Visier, protestierten gegen nationale wie internationale Kriegspolitik und wandten sich gegen autoritäre Erziehungs- und Denkstrukturen. Sit-ins, Teach-ins, Blockaden von Straßenbahnschienen, Happenings in Vorlesungen und Demonstrationen in Innenstädten waren einige der Protestformen. Das Echo in den Printmedien war enorm. Allein der Springer-Verlag hat mittlerweile ein digitales Archiv online gestellt, in dem 5900 Beiträge veröffentlicht sind, die nur aus der Zeit von 1966 bis 1968 stammen.⁹ In anderen Printredaktionen dürfte die Berichterstattung ebenfalls umfangreich gewesen sein. Beschrieben wurden hauptsächlich die Aktionen der Demonstranten, ihre neuen Lebensformen – weniger ihre Forderungen – und die Reaktionen von Polizei und Politik.

Da der Schwerpunkt in diesem Text nicht auf einer chronologischen Schilderung der Ereignisse während der Protestbewegungen, sondern auf dem **Tenor der Berichterstattung** darüber liegt, und um die Ausführungen zu straffen, wird im Folgenden nur ausschnittsweise zitiert.

Zu Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, die im Dezember 1966 in Berlin stattfanden, berichtete die Berliner Morgenpost:

„Während unzählige Berliner gestern den langen Sonnabend für Weihnachtseinkäufe nutzten, entfesselten links-extreme Studenten und Jugendliche in der City ausgedehnte Krawalle und Verkehrsstockungen.“⁹ „Das Knalltütenkorps der Berliner Studiker pirschte mal wieder auf Kriegspfad“ befand die BILD zum gleichen Ereignis.¹⁰ Das Hamburger Abendblatt, ebenfalls aus dem Springer-Verlag, zitiert einen Berliner Senats-sprecher: „Politische Rowdys, die sich Studenten nennen.“¹¹ Und: Es „handelt [...] sich um eine verschwindend kleine Minderheit.“

Vor allem die letzte Aussage begleitet die Veröffentlichungen der konservativen Presse auch in den Folgejahren: **Kritikerinnen und Kritiker der deutschen Verhältnisse seien „eine kleine Minderheit.“** Allerdings schreiben das nicht nur Springerzeitungen, der ideologisch weniger festgelegte Tagesspiegel nennt die Protestierenden ebenfalls eine „studentische Minderheit“, durch deren Aktionen „der Ruf der gesamten Studentenschaft und der Freien Universität diskreditiert zu werden drohte“.¹² Von einer Bewegung, die außerparlamentarisch viele Bereiche der Gesellschaft erfasst hatte, ist keine Rede.

Eine winzige Auswahl von Überschriften und Textstellen aus BILD, B.Z., Berliner Morgenpost und WELT verdeutlicht, dass bei den verantwortlichen Journalisten anfänglich vielleicht noch vorhandenes Erstaunen über die Ereignisse rasch in Aggressivität umschlug. Die Formulierungen stammen entweder von den Autoren selbst oder sie wurden als Zitate aufgebracht in die Artikel und in Überschriften eingeflochten:

„Stoppt den Terror der Jung-Roten!“ „Krawallwütige Horden!“ „Polit-Gammler!“ „Randalierer!“ „Zonenfunktionäre!“ „Unruhestifter ausmerzen!“¹³

„Kein Geld für langbehaarte Affen!“ „Geht doch nach Ostberlin!“¹⁴

Auch Leserbriefe verdeutlichen die Stimmung:

„Das Trojanische kommunistische Pferd ist in Berlin. Es hat Unterschlupf gefunden bei den Studenten.“¹⁵

„Die geistigen Urheber dieser Linkskrawalle sind bei den Salon-Bolschewisten Grass, Johnson, Enzensberger, Neuss und Genossen zu suchen.“¹⁶

„Diese ideologischen Gammler sind wahrscheinlich mit Argumenten nicht mehr zu überzeugen.“¹⁷

- 9 Berliner Morgenpost, 11.12.1966.
- 10 BILD, 12.12.1966.
- 11 Hamburger Abendblatt, 12.12.1966.
- 12 Tagesspiegel, 11.1.67.
- 13 Alle Zitate sind dem Springer Archiv <http://www.medienarchiv68.de/> entnommen.
- 14 Ebd.
- 15 Leserbrief, Berliner Morgenpost, 9.2.66.
- 16 Leserbrief, Berliner Morgenpost, 11.4.67.
- 17 Ebd.

Dann fallen Schüsse. Zuerst auf Benno Ohnesorg. Er demonstriert am 2. Juni 1967 in Berlin mit vielen anderen gegen den Schah von Persien und dessen Diktatur. Karl-Heinz Kurras, Polizist und Stasi-Mitarbeiter, schießt den Studenten gezielt in den Hinterkopf. Die Polizei versucht, den Getöteten selbst bzw. die Demonstranten für den Mord und die Schwere der Auseinandersetzungen anlässlich des Schahbesuchs verantwortlich zu machen. Springerzeitungen kolportieren die Lüge. Unter anderem die WELT am SONNTAG, die den Ablauf der Ereignisse zwei Tage nach dem Todesschuss ganz im Sinne der Polizeiverlautbarungen schildert.

„Sie drängten ihn [den Polizisten Karl-Heinz Kurras, Anmerkung HL] in einen Hof ab, umringten ihn, traten ihn nieder. Als sie zum Messer griffen, zog der Kripobeamte seine Dienstwaffe. Die Anti-Schah-Demonstranten von Berlin beschwo- ren herauf, was sie jetzt vor ihrem Gewissen zu verantworten haben: Die Kugel aus dem Polizeirevolver traf den 26jährigen Benno Ohnesorg aus Braunschweig. Er starb im Krankenhaus Moabit.“

Immer schärfer fordern vor allem Springermedien nun die Bundes- regierung auf, hart durchzugreifen. BILD am SONNTAG am 4. Juni 1967:

„Bis hierher und nicht weiter... schützt die Deutschen vor jenen bössartigen Krawallmachern, die nur eines sehen wollen: Blut!“

Der Schütze Karl-Heinz Kurras kommt zweimal vor Gericht. Erhebliche polizeiliche Manipulationen und Falschaussagen tragen dazu bei, dass er freigesprochen wird.

Derweil wächst die Protestbewegung. Hatte sich die Kritik anfänglich am Vietnamkrieg und am Bildungsnotstand in den Schulen und vor allem in den Universitäten entzündet – an überfüllten Hörsälen, überkommenen Lehrmethoden aus dem 19. Jahrhundert und an Lehrpersonal, das mit Alt-Nazis durchsetzt war – so erfasst sie jetzt immer breitere Teile der Bevölkerung. Sie nimmt auch weitere Zustände der Gesellschaft in den Fokus. Autoritäre Kindererziehung, mangelnde Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, Wohnungsnot und den wachsende Abstand zwischen arm und reich.

Die Auseinandersetzungen werden zahlreicher, ebenso die Rufe nach staatlichem Eingreifen. Doch das zunehmend härtere Vorgehen der Polizei scheint der Springerpresse nicht zu reichen. Das, was die BILD am 7. Februar 1968 schreibt, klingt wie die Aufforderung zu einer Bürgerwehr:

„Man darf auch nicht die ganze Drecksarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen.“

Im April 1968 schießt der Gelegenheitsarbeiter Josef Bachmann aus Peine auf den **bekanntesten Studentenvertreter Rudi Dutschke**. Der überlebt das Attentat zwar schwer verletzt, aber er leidet bis zu seinem Tod 1979 unter den tiefgreifenden Folgen.

Dass der rechtsradikale Bachmann zur Pistole gegriffen hat, dafür wird auch die Springerpresse sowohl von den Demonstranten als auch von anderen Medien verantwortlich gemacht.¹⁸ So urteilt DER SPIEGEL nach den Schüssen:

„Eine ‚Bild‘-Schlagzeile ist mehr Gewalt als ein Stein am Polizisten-Kopf“. Und führt aus: „Seit über zwei Jahren haben die Springerblätter ‚Bild‘, ‚Welt‘, ‚Hamburger Abendblatt‘, ‚BZ‘ (Berlin) und ‚Berliner Morgenpost‘ die unruhigen Studenten verteufelt.“¹⁹

Einige hundert Demonstranten ziehen am Abend nach dem Attentat vor das Hochhaus des Axel-Springer-Verlags in Berlin. Scheiben gehen zu Bruch, Fahrzeuge, die Zeitungen ausliefern sollen, werden angezündet.

- 18 In vielen Zeitungen aller Couleur ist Rudi Dutschke vorher immer wieder zitiert worden, sein Name war also bekannt, ebenso sein Aussehen, denn es wurden viele Fotos von ihm veröffentlicht. Neben der Springerpresse sind hier die Süddeutsche Zeitung zu nennen, die ZEIT und mit deiner Titelgeschichte DER SPIEGEL 51 / 1967.
- 19 SPIEGEL, 19 / 1968.
- 20 Zitiert aus SPIEGEL 20/1970.

Einen Monat später erlässt die Bundesregierung – eine große Koalition aus CDU / CSU und SPD – **die Notstandsgesetze**.

1969 wird Willy Brandt der erste sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik mit einer SPD-FDP-Koalition.

Inzwischen ist eine kleine Gruppe der Protestbewegung militant geworden und hat sich zu einem bewaffneten Kampf entschlossen: Die **Rote Armee Fraktion** gründet sich, bundesweit bekannt sind schnell deren Protagonisten Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Ulrike Meinhof. Die RAF überfällt Banken, entführt und ermordet Menschen. Der Staat rüstet auf: Rasterfahndung, Verhaftungen, Lauschangriffe, Hausdurchsuchungen. Es folgen Bombenanschläge, weitere Tote, Selbstmorde, Hungerstreiks.

Berufsverbote

CDU und CSU, mittlerweile in der Opposition und nach wie vor tief im Antikommunismus verhaftet, blasen zum Sturm gegen die Brandt-Regierung. „Karl Marx lugt um die Ecke,“ meldet der Bayernkurier.²⁰ Hinter Brandts Öffnung der Ostpolitik mit dem Konzept „Wandel durch Annäherung“ wittern die Christdemokraten Vaterlands-Verrat und der CDU Pressedienst beschwört eine entsprechende Vision:

„Starke Kräfte innerhalb der SPD setzen ihre Hoffnung auf einen geläuterten Kommunismus, mit dessen Hilfe – etwa nach jugoslawischem Vorbild – eines Tages ein geeintes Europa auf zwangsläufig sozialistischer Basis entstehen könnte.“²¹

Umgehend bemühen sich die Sozialdemokraten, jeden Hauch kommunistischer oder sozialistischer Ideen aus ihren Programmen zu entfernen, eine Entwicklung, die nicht unumstritten ist. Flügelkämpfe innerhalb der SPD zwischen linken und konservativen Mitgliedern und heftiger Protest vonseiten der Jusos begleiten sie. In den Medien wird der Streit interessiert beobachtet. Zum Beispiel vom SPIEGEL:

„SPD-Führer [...] fürchten, dass die Propagierung sozialistischer Ziele ihnen die Diffamierung als Krypto-Kommunisten und Klassenkampf-Dogmatiker eintragen und sie so bei kommenden Wahlen um die Macht in Bonn bringen könnte. Diese Furcht bleut den sozialdemokratischen Strategen schon jetzt Deutschlands rechte Presse, unterstützt von CDU-Politikern, täglich ein.“²²

Nach den bewegten Zeiten der 1960er sind Anfang der 1970er Jahre konservative Teile der Gesellschaft sowohl in den Parteien als auch in der Bevölkerung darum bemüht, das Aufbegehren der

jungen Generation schnell vergessen zu machen. Die Proteste, ja die ganze antiautoritäre Bewegung, werden für beendet erklärt. SPIEGEL, FAZ, WELT – die gesamte Springerpresse sowieso – und die ZEIT stimmen in diese Deutung ein.

Die ZEIT wird hier als Beispiel gewählt, weil sie sich in Stil und Anspruch von den Tageszeitungen der Springerpresse deutlich unterscheidet. Bei ihrer Leserschaft gilt sie als liberal und wirbt bis heute damit, „die größte Qualitätszeitung Deutschlands“ zu sein, die mit kontroversen Beiträgen zur Debattenkultur dieses Landes beitrage²³. Im Juni 1972 erscheint dort ein Beitrag über einen Angela-Davis-Kongress in Frankfurt.

„Es war eine immer noch imponierende Heerschau der Apo-Linken,“ schreibt der Autor über die Kongressteilnehmer – so als gehöre die Apo einer vergangenen Epoche an.²⁴ Er beobachtet „[...] die schon etwas arrivierten Veteranen der Studentenrevolten 1967 / 68“ und befindet „diese ein bisschen altkluge Neue Linke in der Defensive“. Und weiter: „[...] da verhedderte sich auch dieser Kongress wieder in langatmigen, theoretischen Streitereien, als feiere der unsanft entschlafene SDS fröhliche Urständ.“

Der süffisante Ton durchzieht die Berichterstattung über die Oppositionsbewegung, häufig verkürzt „68er“ genannt, übrigens in vielen Medien

- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 <http://www.zeit-verlagsgruppe.de>.
- 24 ZEIT, 23/1972 „Schwimmen im Sumpf“.

bis heute; ebenso der Versuch, die vielschichtigen Proteste auf eine elitäre Minderheit zu reduzieren, die zur Kadermentalität neigte und von dogmatischen Altkommunisten der SED, aus der damaligen Sowjetunion oder China gesteuert wurde. Die Tatsache, dass Forderungen und Utopien der kritischen Generation aus den 1960ern mit Beginn der 1970er Jahre vielfältig in praktisches Handeln umgesetzt wurden und ganz neue Milieus in der bundesdeutschen Gesellschaft entstehen ließen, spielte im Bewusstsein konservativer Bevölkerungsgruppen und den entsprechenden Medien kaum eine Rolle.

Es war eine sehr aktive Zeit: Frauen und Männer der neuen linken Bewegung gründen autonome Jugendzentren, freie Schulen (z.B. die Glocksee 1972), Kinderläden, Frauenzentren, freie Theater, Künstlergemeinschaften, linke Buchläden, Beratungsstellen für Prostituierte, rote und schwarze Hilfen für Gefangene, politische Salons und Cafés, sie besetzen Häuser, ziehen in Wohngemeinschaften, schließen sich in Bürgerinitiativen mit unterschiedlichsten Belangen zusammen, pochen auf Selbstbestimmungsrecht und bekämpfen den Abtreibungsparagraphen 218. Über all diese Aktivitäten und Anliegen schreiben und publizieren sie – und schaffen damit eine „Gegenöffentlichkeit“. Sie geben linke Zeitungen und kritische Buchreihen heraus – manche existieren nur

kurz, manche immer noch.²⁵ Von den bestehenden Medien fühlen sie sich nicht richtig wahrgenommen, sondern eher diffamiert. Linke Buch-Verlage gründen sich. Im Jahr 1978 wird der deutsche Medienmarkt um die taz bereichert, eine überregionale alternative und selbstverwaltete Tageszeitung, die bis heute erscheint.

Neben den meisten Zeitungen versuchen auch die politischen Parteien die rebellische Stimmung Anfang der 1970er Jahre zurück zu drängen und die Akteure – wie schon während der Studentenbewegung – zu diskreditieren. So wird thematisiert, dass da außer Demonstrationen und Terroraktionen noch etwas passiert war: **Rudi Dutschke hatte 1967 aufgerufen zum „langen Marsch durch die Institutionen!“** Damit forderte er junge Linke auf, „in den Fabriken, in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, in der Bundeswehr, in der staatlichen Bürokratie systematisch den Laden durcheinander[z]ubringen.“²⁶

Dutschkes Äußerung wird von der CDU als Drohung interpretiert, aber auch von Sozialdemokraten. Zum Beispiel von dem nordrhein-westfälischen SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn 1972:

„Ulrike Meinhof als Lehrerin oder Andreas Baader bei der Polizei beschäftigt, das geht gar nicht.“²⁷

So getrieben und weil Antikommunismus auch in sozialdemokratischen Reihen durchaus vorhanden war, beschloss die SPD in Koalition mit der FDP den Radikalenerlass am 28. Januar 1972.

Kaum in der Welt wird der Beschluss von vielen Seiten kritisiert, zumal seine Umsetzung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt wird. DER SPIEGEL widmet ihm eine ganze Titelgeschichte, auf die hier ausführlicher eingegangen wird. Stehen Stil und Tenor des Artikels doch beispielhaft für viele Veröffentlichungen in überregionalen Blättern (unter anderem in der ZEIT, der Frankfurter Rundschau oder der Süddeutschen Zeitung) in der ersten Hälfte der 1970er Jahre: „Radikale im Staatsdienst – wie rot dürfen Lehrer sein?“, heißt es im April 1973 auf dem SPIEGEL-Cover.²⁸ Im Artikel fragen die Autoren, „ob der Erlass ein Musterbeispiel wehrhafter Demokratie oder Modellfall staatlicher Willkür ist“. Und „zweifelhaft ist, ob er die von westdeutschen Eltern befürchtete rote Flut in die Klassenräume abwenden kann.“²⁹

Konservative Vertreter kommen zu Wort, so der Berliner SPD-Schulsenator Gerd Löffler: „Eine Protestbewegung von Anarchisten und falsch verstandenen Marxisten schlägt hinein in die Schule.“ Oder Dieter Jacob, Elternsprecher im hessischen Dietzenbach, wo 500 Eltern ihre Kinder wegen vier linker Lehrer nicht mehr in die Schule ließen:

- 25 Eine tiefergehende Darstellung dieser Gegenöffentlichkeit und ihrer Publikationen kann hier aus den o.g. Gründen (Zeit und Platz) nicht stattfinden.
- 26 RUDI DUTSCHKE; Briefe an Rudi D. mit einem Vorwort von Rudi Dutschke, Voltaire Verlag, Berlin, Zitat dem Vorwort entnommen. Nach: Ulrike Marie Meinhof: Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 1980 / 1992.
- 27 Zitiert aus der Online-Ausgabe der WELT, 2011: <https://www.welt.de/print/wams/vermishtes/article13726076/Angst-vor-dem-Schnueffelstaat.html>
- 28 SPIEGEL 15 / 1973.
- 29 Ebd.
- 30 In einer SPIEGEL-Ausgabe zwei Jahre später wird geschildert, wie der Streit über den Radikalerlass innerhalb der Lehrgewerkschaft zur Zerreißprobe führte. Dahinter standen heftige

„Unsere Kinder sollen zu Klassenkämpfern und Revolutionären erzogen werden.“

Andererseits kommentieren die SPIEGEL-Autoren den Radikalerlass als „eine Dienstanweisung zum Denunziantentum“ und warnen vor „fatalen sozialpsychologischen Folgen der Extremistenhatz“. Zitiert wird außerdem der GEW-Vorsitzende Erich Frister, der „eine Atmosphäre der Hexenjagd“ entstehen sieht.³⁰

Vom Radikalerlass Betroffene werden kurz porträtiert und vor allem wird deutlich, wie verschieden die einzelnen Bundesländer die Auslegung des Beschlusses handhaben.

Die Vielstimmigkeit in dem SPIEGEL-Beitrag ist durchaus positiv. Gleichzeitig können sich die Autoren auch hier die Skizzierung einer **Bedrohung durch linke Lehrer** nicht verkneifen. Sie zitieren die sozialdemokratische Soziologin Helga Bauer mit den Worten, dass „viele Pädagogen emanzipatorische Prozesse initiieren“ wollten, und „zwangsläufig [...] überlieferte Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen.“

Es gehe, schließen daraufhin die SPIEGEL-Autoren, bei der künftigen Pädagogen-Ausbildung um einen „neuen Lehrer“. Ihre Abwehr der genannten emanzipativen Konzepte ist spürbar:

„Kein Zweifel also, dass bundesdeutsche Kinder – vom Abc bis zum Abitur – Gefahr laufen, im Klassenzimmer für den Klassenkampf erzogen zu werden. Kein Zweifel auch, dass solche Erziehungsdiktatur, misst man es am derzeitigen Wahlverhalten der Bevölkerung, einem Großteil der Erziehungsberechtigten zuwiderläuft.“³¹

Diese tiefe Skepsis gegenüber allen antiautoritären Denksätzen – wenn nicht sogar Ablehnung – durchzieht die etablierten Medien die gesamten 1970er Jahre hindurch. Aufmerksam beobachtet werden neben der erwähnten „Erziehungsdiktatur“ und der „roten Flut“, die angeblich in deutsche Schulen dringt, Veränderungen an den Hochschulen. Dort sind einige Lehrstühle mittlerweile von kritischen Professorinnen und Professoren besetzt.

In der Technischen Universität Hannover (heute: Gottfried Wilhelm Leibniz Universität) waren das unter anderem Peter Brückner (Sozialpsychologe), Michael Vester (Politologe), Jürgen Seifert (Politologe), Oskar Negt (Soziologe) und Hans Mayer (Literaturwissenschaftler). Sie alle ermunterten ihre Studierenden zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte Deutschlands, mit marxistischen und anderen Theorien und regten zur Reflexion aktueller politischer Ereignisse an. Die Themen „Soziale Bewegungen“, „Arbeiter-

bildung“, „Geschichte von unten“, aber ebenso Gewalt und Terrorismus – also auch die RAF – gehörten dazu.

Peter Brückner³² wird zweimal suspendiert und bekommt ein Disziplinarverfahren. Bundesweit schreiben die Zeitungen darüber. Anlass für seinen Ausschluss aus der Hochschule ist, dass er Ulrike Meinhof und einen Begleiter Ende 1970 bei sich hat übernachten lassen. Für die BILD gehört Brückner zu Ulrike Meinhofs „ältesten Freunden“ und ist „ein sehr typischer, an allen möglichen Unbilden der Welt leidender Links-Intellektueller“.³³ Als Jürgen Seifert seinen Kollegen Brückner verteidigt und ein deswegen gegen ihn angestregtes Disziplinarverfahren von dem SPD-Kultusminister Peter von Oertzen – auch er ist Professor – eingestellt wird, wütet die ZEIT-Journalistin Nina Grunenberg gegen einen „linken Professorenklügel“ in Hannover und fragt, ob denn das niedersächsische Beamtengesetz, das Hochschullehrern „bei politischer Betätigung eine ihrer Stellung angemessene Mäßigungs- und Zurückhaltungspflicht auferlegt“, dort nicht gelte. Sie vermutet an der hannoverschen Uni stattdessen eine „Käseglocke, unter der sich eine privilegiensüchtige Gelehrtenkaste der politischen und rechtlichen Verantwortung entzieht.“³⁴

Insgesamt sind 13 Professoren der Universitäten Oldenburg und Hannover in dieser Zeit von Suspendierung bedroht.

- Auseinandersetzungen zwischen linken und konservativeren Gewerkschafts-Mitgliedern, es kommt zu Austritten und Ausschlüssen von „Radikalen“ aus der GEW. SPIEGEL 5 / 1975.
- 31 SPIEGEL 15 / 1973.
- 32 Die Suspendierungen erfolgten 1972 und 1977, einmal weil ihm Kontakte zur RAF, speziell zu Ulrike Meinhof, vorgeworfen wurden, zum anderen weil er den verbotenen Text »Buback – ein Nachruf« dokumentierte, der anonym unter dem Namen »Mescalero« erschienen war. Michel Foucault kam 1978 nach Hannover, um mit vielen anderen gegen Berufsverbote und für Brückners Rehabilitierung zu demonstrieren. 1981 wurden alle Disziplinarmaßnahmen gegen den Sozialpsychologen aufgehoben. Kurz danach starb Peter Brückner 1982 in Nizza.
- 33 BILD, 23.6.1972.
- 34 ZEIT, 23 / 1972.
- 35 Niedersachsen Zeitung 3 / 1972.
- 36 Rainer Lewandowski und Stephan Lohr, Bürgerliche Presse: Gewalt gegen links, Raith Verlag, Starnberg 1974.

Weil sie gegen staatliche Disziplinierungsversuche im Hochschulbereich protestieren. In der „Niedersachsen Zeitung“, für die der damalige Landesvorsitzende der niedersächsischen CDU Wilfried Hasselmann als Herausgeber verantwortlich zeichnet, heißt es – grammatisch nicht ganz gelungen – über die Kritiker an Brückners Suspendierung:

„Sie wollen Aktions- und Redefreiheit für die Brückner und Seifert und andere gutbürgerliche oder intellektuelle Helfer der Politbande. Sie schlagen und prügeln diesen unseren Staat täglich neu – mit Worten, mit Versen, mit Artikeln und mit Reden.“³⁵

Die so Gescholtenen geben keine Ruhe. Unter der Leitung des Politologen Michael Vester wird die **Kampagne gegen Peter Brückner** aufgearbeitet und 1974 erscheint das Buch „Bürgerliche Presse: Gewalt gegen links.“³⁶

Mitautor Stephan Lohr äußert sich ein Jahr später in der ZEIT. Peter Brückner ist da gerade freigesprochen. Lohr geht mit den Medien beim Umgang mit Peter Brückner scharf ins Gericht:

„Die bürgerliche ‚Hannoversche Allgemeine Zeitung‘ [...] ließ sich dazu verleiten, die jüdische Abstammung und den Widerstand Professor Brückners im Dritten Reich anzuzweifeln; die sozial-

demokratische 'Hamburger Morgenpost' trieb die Geschmacklosigkeit gar soweit, einen Artikel mit je einem Photo Brückners und Ulrike Meinhofs mit der Zeile ‚Im Bett macht Ulrike Meinhof ihren Männern Mut‘ zu überschreiben.“³⁷

Eine wirkliche Klärung der Beziehung zwischen Brückner und Meinhof liefert der Professoren-Kollege Hans Mayer 1984 – ebenfalls in der ZEIT. Da ist Peter Brückner schon zwei Jahre tot.

„Brückner war gut bekannt gewesen, vor ihrem Weg in den Terrorismus, mit Ulrike Meinhof. Als die Flüchtige, die alle Beteiligung an Taten gegen das Leben anderer Menschen noch vor sich hatte, an die Tür klopfte, gab er ihr und ihrem Begleiter, der später aussagte, ein kurzes Asyl.“³⁸

Ein weiterer Wissenschaftler, der an der hannoverschen Universität lehren sollte und wollte, wurde 1975 gar nicht erst zugelassen – Wolf-Dieter Narr, wegen „verfassungspolitischer Bedenken“,³⁹ wie der Spiegel berichtete. Der Politologe, bis dahin beamteter Professor an der Freien Universität Berlin, war SPD-Mitglied und engagierte sich neben seiner wissenschaftlichen Arbeit aktiv für Menschenrechte, gegen Zwangsverwahrung in der Psychiatrie, gegen Militarismus, für den Frieden, gründete das „Komitee

für Grundrechte und Demokratie“, ging in Gefängnisse, lehnte lebenslange Gefängnisstrafen ab und half Inhaftierten. Ziviler Ungehorsam, dazu ermunterte er. Und er initiierte Debatten über Berufsverbote und kritisierte den Verfassungsschutz. In Niedersachsen wurde er vor eine Kommission geladen und nach einer dreistündigen Anhörung abgelehnt. Auf Beschluss der niedersächsischen SPD-FDP-Landesregierung, gegen die Stimme des zuständigen sozialdemokratischen Wissenschaftsministers Joist Grolle. **Wolf-Dieter Narr sei „in die Gesinnungsmühlen der Behörden geraten“**, schreibt der SPIEGEL daraufhin⁴⁰ und erwähnt nicht ohne ironischen Unterton, dass ausgerechnet sozialdemokratische Politiker in Niedersachsen dem Professor ein „politisches Bedenklichkeits-Attest“ ausgestellt hatten. Die „Anschuldigungen“ bestanden unter anderem in Narrs Unterstützung der „Deutschen Friedensunion“ und einer gewerkschaftsnahen Bewegung gegen die Notstandsgesetze. Die eigentlichen Gründe für seine Ablehnung dürften aber nicht so sehr seine Solidaritätsbekundungen oder irgendwelche Unterschriften gewesen sein, sondern seine politische Überzeugung. „Narr versteht sich als unabhängiger, undogmatischer demokratischer Sozialist“, beschrieb die ZEIT den Wissenschaftler nach seiner Anhörung. „Es ist ihm klar, dass er damit in der heutigen Gesellschaft eine Minderheiten-Position ver-

37 ZEIT 43/1975.

38 ZEIT 48/1984.

39 DER SPEGEL, 7.7.1975.

40 Ebd.

41 ZEIT 24/1975.

tritt. [...] Maßstab für Verfassungstreue ist für ihn der Text des Grundgesetzes und nicht die Übereinstimmung mit der aktuell vorherrschenden Interpretation der Verfassung."⁴¹

Peter Brückner und Wolf-Dieter Narr sind besonders prominente Opfer staatlicher Disziplinierungen, deshalb berichteten die Medien umfangreich. Viele andere Frauen und Männer, deren Berufsbiografien durch den Extremistenbeschluss jäh unterbrochen wurden und deren Existenz daraufhin gefährdet war, blieben und bleiben bis heute unerwähnt. Proteste gegen den Radikalenerlass und seine Umsetzung wurden allerdings die ganzen 1970er Jahre über laut, von Studierenden, Wissenschaftlern, Künstlern. Außerdem gründeten sich landesweit **Komitees gegen Berufsverbote**, sie organisierten Informationsveranstaltungen, stärkten und unterstützten Betroffene, vor allem dann, wenn die vor Gericht gingen.

Große mediale Aufmerksamkeit fanden zwei juristische Entscheidungen im Jahr 1975; zum einen die des Bundesverwaltungsgerichts, dass schon die Mitgliedschaft in einer als „radikal“ befundenen Partei – in der nicht verbotenen DKP beispielsweise – eine Ablehnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst rechtfertige. Und zum zweiten die des Bundesverfassungsgerichts, das diese Entscheidung ein paar Wochen später

bekräftigte. Allerdings nicht einstimmig: Drei Bundesverfassungsrichter des achtköpfigen Gremiums lehnten eine solche Auslegung ab.

„Das Urteil stellt einen gefährlichen Versuch reaktionärer Kreise dar, die Praxis der Berufsverbote gegen fortschrittlich denkende Menschen massiv zu verschärfen“, wird ein Präsidiums-Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei in der DKP-Zeitung *Unsere Zeit* (UZ) zitiert.⁴² Die FAZ dagegen titelt: „Wenig Hoffnung für Verfassungsfeinde“⁴³ und weist hin auf eine „besondere politische Treuepflicht der Beamten“⁴⁴. Der Rheinische Merkur beklagt die unterschiedliche Auslegung des Radikalenerlasses in den einzelnen Bundesländern – gemeint ist, dass in CDU-regierten Ländern häufiger Bewerber und Bewerberinnen wegen des Verdachts auf linke Überzeugungen abgelehnt werden – und begrüßt die Entscheidung aus Karlsruhe: „Verfassungsgericht rechtfertigt Vorgehen der Unions-Länder gegen Extremisten“. Und weiter: „Gegen diesen Standpunkt haben die Linksextremisten aller Färbungen einen großen Propagandakrieg geführt. Denn die Abwehr der Radikalen erschwerte gerade das, was diese sich vorgenommen hatten, als die Rebellion auf der Straße gescheitert war: nämlich den Marsch durch die Institutionen.“⁴⁵

François Mitterand, 1976 Vorsitzender der Sozialistischen Partei Frankreichs, kritisiert den Radikalenerlass scharf, er war Mitbegründer eines Komitees gegen die deutschen Berufsverbote. „Frankreich zweifelt wieder an den Deutschen“, schreibt daraufhin die Frankfurter Rundschau und nennt das eine „eigenartige Idee“. Zitiert werden französische Stimmen, die den **deutschen Hang zum Fanatismus** – und sei es beim Fitnesstraining – fürchten: „Ihr Deutschen macht uns immer wieder Angst.“ „Ihr habt eine Nostalgie-Welle und die ganze Nation hängt sich dran. Ihr habt eine Trimm-Dich-Welle, und es wird eine verbissene fanatische Aktion draus.“⁴⁶

Der FR-Kommentator wischt die französische Kritik, auch die am Radikalenerlass, beiseite und glaubt zu wissen:

„Die wirtschaftliche Übermacht der Bundesrepublik in Europa schafft natürlich Beunruhigung, man kann auch ruhig von einer Portion Neid sprechen, und an die sich aus der Finanzkraft ergebenden weltpolitischen Klimmzüge Bonns haben sich die Franzosen noch nicht gewöhnt.“⁴⁷

- 42 UZ, 28.7.1975.
- 43 FAZ, 5.5.1975.
- 44 FAZ, 26.7.1975.
- 45 Rheinischer Merkur, 1.8.1975.
- 46 Comité français pour la liberté d'expression et contre les interdictions professionnelles en RFA.
Dt.: Komitee zur Verteidigung der bürgerlichen und der beruflichen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland.
- 47 FR, 26.6.1976.
- 48 FR, 5.6.1976.
- 49 WELT 26.5.76.
- 50 Rheinischer Merkur, 25.6.1976.

In einer weiteren Ausgabe der FR reagiert der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dieter Lattmann dann allerdings weniger abwehrend auf die französische Kritik am Radikalenerlass:

„Ohne Zweifel hat es dem Ansehen der Bundesrepublik erheblich geschadet, dass eine ganze Generation beschnüffelt wird – noch dazu die erste deutsche Generation, die in einer stabilen Demokratie aufgewachsen ist.“⁴⁸

Ganz anders die WELT. Sie identifiziert alle ausländischen Mahner als „westeuropäische Linksintellektuelle“, – was im Sprachgebrauch konservativer Vertreter negativ gemeint ist – bezeichnet sie als „Wiedertäufer“ und hat herausgefunden: „Der Linksintellektuelle denkt nicht demokratisch-rechtsstaatlich, sondern priesterlich“. Empört wird eine „neue deutsche Faschismus-Gefahr in den Augen der Europa-Linken“ konstatiert und geurteilt: „Die bessere Erkenntnis, dass der Kommunismus der Nationalsozialismus von heute ist, verletzt hingegen Zartgefühle und Ästhetik [der westeuropäischen Linken, Anm. HL].“⁴⁹ Der Rheinische Merkur befindet: „Die Campagne der Kommunisten gegen den Radikalenerlass, an der sich nicht wenige Sozialdemokraten des In- und Auslands beteiligen, fängt an, lächerlich zu werden.“⁵⁰

Ebenso vehement wird Kritik vor allem von der konservativen Presse abgewehrt, die auf dem **3. Russell-Tribunal**⁵¹ 1978 / 79 in Frankfurt und Köln geäußert wurde. Es ging bei diesem internationalen Treffen um Menschenrechts-Verletzungen in der Bundesrepublik. Thema verschiedenster Beiträge war der Radikalerlass. Pro- und Kontrapositionen finden breiten Raum in den deutschen Zeitungen, es würde hier zu weit führen, sie alle zu dokumentieren.

Zusammenfassend lässt sich allerdings feststellen, dass man sich gegen ausländische Vorwürfe verwahrt. Ganz im Tenor von Willy Brandt, der gegen Kritik am deutschen Extremisten-Erlass protestiert und im SPIEGEL zitiert wird: „Beleidigend für unser Land und nicht zuletzt für die deutschen Sozialdemokraten!“⁵² Und die ZEIT sekundiert: „Das Russell-Tribunal: Selbsternannte Richter verdammen den Radikalenbeschluss“.⁵³ Geballter Antikommunismus bricht sich Bahn, wenn der ZEIT-Autor die Russell-Bedenken gegen die deutsche Überprüfungspraxis von sich weist und als Neiddebatte abtut. „Angefangen hatte es 1972 mit den kommunistischen Protesten gegen die sogenannten Berufsverbote in der Bundesrepublik. Die DKP, unterstützt von der Propaganda der DDR und des übrigen Ostblocks, machte die Genossen im übrigen Europa mobil, wobei sie geschickt noch vorhandene Ressentiments gegen ‚Nazi-Deutschland‘ und den Unmut

über das wirtschaftliche Übergewicht der Bundesrepublik auf ihre Mühlen leitete.“⁵⁴

Risse im Erlass

Aber allen konservativen Argumenten zum Trotz überwiegen letztlich die vielen Proteste gegen den Radikalerlass. Nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in den Parteien. Die FDP stellt dazu bereits 1976 einen Antrag auf ihrem Bundesparteitag in Frankfurt. Die Frankfurter Rundschau veröffentlicht das komplette Papier und leitet es mit den Worten ein, dass durch „eine **ausufernde Anfrage- und Prüfungspraxis** [...] ein Klima der Angst entstanden sei, indem es vielen Bundesbürgern riskant erscheine, politisches Engagement offen zu zeigen.“⁵⁵ In dem zitierten Antrag heißt es: „Kritik an Staat und Gesellschaft ist ein Lebenselement der Demokratie. Die F.D.P. tritt darum für den Vorrang der politischen Auseinandersetzung vor juristischen Verboten auch gegenüber extremistischen Parteien und Vereinigungen ein.“⁵⁶

Zwei Jahre später, 1978, sorgt der Hamburger SPD-Bürgermeister Ulrich Klose für Wirbel: „Wir müssen die schreckliche Extremistenpraxis beenden und den Eindruck der planmäßigen, systematischen Gesinnungsschnüffelei ausräumen. Lieber stelle ich 20 Kommunisten ein, als dass ich 200000 junge Menschen verunsichere.“, bekennt er und wird bundesweit mit dieser Äußerung zitiert,

- 51 Benannt nach dem Philosophen, Mathematiker und Literaturnobelpreisträger Bertrand Russell. Die erste dieser internationalen Konferenzen fand 1966 zu Kriegsverbrechen im Vietnamkrieg statt. Mittlerweile hat es viele weitere Tribunale gegeben, sie thematisieren stets Menschenrechts-Verletzungen in verschiedenen Teilen der Welt.
- 52 SPIEGEL, 12 – 13 / 1978.
- 53 ZEIT, 15 / 1978.
- 54 Ebd.
- 55 FR, 8.12.1976.
- 56 Ebd.
- 57 SPIEGEL, 40 / 1978.
- 58 <https://de.wikipedia.org/wiki/Radikalenerlass#/media/File:KAS-Radikalenerlass-Bild-11706-1.jpg>
- 59 DZ, 5.5.1978.
- 60 FR, 21.10.1978.

unter anderem im SPIEGEL. In Hamburg will Klose den Radikalenerlass lockern und rügt die eigene Partei: „Der politische Ansatz war falsch.“⁵⁷

„Wir werden nicht zulassen, dass Kommunisten unsere Kinder zu Kommunisten erziehen.“⁵⁸, wettet dagegen die CDU in einer Wandzeitung und das konservative Industriellen-Blatt Deutsche Zeitung (DZ) stellt alarmiert fest: „Der SPD passt die ganze Richtung nicht mehr“ und macht dafür „jahrelange Kampagnen im In- und Ausland gegen die ‚Berufsverbote‘“ verantwortlich.⁵⁹ „Berufsverbote“ wohlgermerkt in Anführungszeichen.

Die FR dokumentiert eine **Stellungnahme Hans Koschnicks** zu dem mittlerweile auch auf parlamentarischer Ebene eindeutig umstrittenen Erlass. Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende kritisiert unter anderem die Überprüfungspraxis der Behörden: „Vor allem junge Menschen fühlten sich betroffen, zumal als sie erlebten, dass bei der Prüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst nur derjenige wirklich überprüft wurde, der sich in der Öffentlichkeit artikuliert und engagiert hatte. Demgegenüber kamen der Stille, der Passive, der Unauffällige durch die Mühlen der Einstellungsbehörden.“ Aber, so Koschnick weiter: „Im demokratischen Staat ist Ruhe eben nicht erste Bürgerpflicht.“⁶⁰

Der zivilgesellschaftliche Protest und liberale Positionen in SPD und FDP führen Ende der 1970er Jahre dazu, dass einzelne Bundesländer allmählich vom Radikalenerlass abrücken. „SPD will Überprüfungspraxis einschränken“, berichtet die Hannoversche Allgemeine 1978⁶¹ „Kabinetts will dem Radikalenerlass die Giftzähne ziehen“, stellt die FR einige Monate später fest.⁶² Bezogen sind diese Äußerungen auf einen Beschluss der SPD und des Bundeskabinetts 1978 / 79. Grundsätzlich sei erst einmal von der Verfassungstreue neuer Bewerberinnen und Bewerber für den Staatsdienst auszugehen, heißt es darin. Routineanfragen beim Verfassungsschutz sollten nicht mehr stattfinden und abgelehnt werden dürfe niemand mehr wegen einer politischen Meinung, sondern nur noch bei konkreten verfassungsfeindlichen Handlungen.

Unrühmliche Geschichte

Als der Beschluss 1982 zehn Jahre alt wird, ziehen verschiedene Blätter Bilanz. „Die Legende vom Berufsverbot“ nennt der Kommentator in der HAZ die Entwicklung des Radikalenerlasses. Schon bestimmte Begriffe, die Kritiker benutzten – gemeint ist hier das Wort „Berufsverbot“ – seien völlig fehl am Platz. „Selbstverständlich hat jeder die freie Berufswahl“, findet er stattdessen, „aber ebenso selbstverständlich ist auch, dass die Ausübung vieler Berufe an bestimmte Voraussetzungen und

Qualifikationen geknüpft ist. Ohne medizinisches Studium darf niemand den Beruf des Arztes ausüben – wer käme auf die Idee, darin ein Berufsverbot zu sehen?“⁶³ Die scheinbare Naivität seiner Frage verbirgt kaum den ihr innewohnenden Zynismus. Im öffentlichen Dienst ist Obrigkeitdenken gefordert: Wer sich dort bewirbt, muss die „richtige“ politische Meinung haben. Staatstreue als Qualifikationsmerkmal für den Beruf der Lehrerin oder des Postbeamten.

„Zehn Jahre ‚Radikalenerlass‘ – die Bundesrepublik hat eine Bewährungsprobe nicht bestanden“, heißt es dagegen in der FR.⁶⁴ Die deutsche Bürokratie, speziell die des Bildungswesens und der Justiz, habe mit dem Erlass nur die eigenen Machtpositionen gegenüber einer kritischen neuen Generation absichern wollen: „Statt auf die Kraft eines demokratischen Gemeinwesens zu setzen, das stark genug ist, seine freiheitlichen rechtsstaatlichen und sozialen Grundsätze auch in der Auseinandersetzung mit seinen Kritikern zu bewahren, setzt dieses Gemeinwesen auf Repression.“⁶⁵

Die ZEIT beschreibt einen „Schnüffler-Erlass“, der seit zehn Jahren wie ein „schleichendes Gift“ wirke: „Niemand kann ermesen, wieviel Schaden dieses Stück Papier und seine rigide Anwendung durch die Einstellungsbehörden für den öffentlichen Dienst

- 61 HAZ, 11.5.1978.
- 62 FR, 17.1.1979.
- 63 HAZ, 23.1.1982.
- 64 FR, 29.1.1982 Es handelt sich bei dieser Veröffentlichung ebenfalls um eine der genannten Dokumentationen, Autor ist der SPD-Politiker Peter Conradi.
- 65 Ebd.
- 66 ZEIT, 2/1982.
- 67 E&W Niedersachsen 9/1982.
- 68 taz, 1.9.1984.

angerichtet, wieviel Substanz an Vertrauen in die freiheitliche Demokratie es vor allem bei jungen Menschen zerstört hat. [...] Sein Herrschaftsbereich hat sich sogar noch erweitert, bis tief hinein in das Halbdunkel der Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz.“⁶⁶

Doch obwohl die Kritik am Radikalerlass Anfang der 1980er Jahre unüberhörbar ist, in vielen Medien und von den Gewerkschaften, **obwohl Juristen, Politiker und sogar Beamtenverbände immer häufiger seine Abschaffung fordern** und einzelne Bundesländer längst von den Gesinnungsprüfungen abgewichen sind, schlägt die niedersächsische CDU-Landesregierung noch einmal eine Rolle rückwärts. „In den letzten Monaten ist es insbesondere in Niedersachsen zu einer deutlichen Eskalation der Berufsverbotepraxis gekommen“, beklagt die gewerkschaftsnahe Zeitschrift *Erziehung und Wissenschaft* 1982.⁶⁷ Von einer „Prozessserie gegen niedersächsische Lehrer“ schreibt die taz, als das hannoversche Verwaltungsgericht 1984 neue Verhandlungen startet.⁶⁸

Fast zwanzig Lehrer und eine Verwaltungsangestellte werden mit Disziplinarverfahren überzogen und zum Teil entlassen. Anhörungen und Prozesse ziehen sich über mehrere Jahre hin, begleitet von Protestaktionen und einem relativ starken Medienecho.

Im Folgenden werden nur einige der Betroffenen beispielhaft herausgegriffen und der Schwerpunkt liegt auf regionaler Presse. Bislang standen überregionale Zeitungen im Fokus. Denn ihre Inhalte skizzieren den Charakter der Medienrezeption des Radikalenerlasses insgesamt weitaus markanter als es allein Artikel der niedersächsischen Zeitungen Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) oder Neue Presse (NP) getan hätten. Die regionalen Blätter rücken nun in den Vordergrund, um an ihnen einen Wandel in der Berichterstattung deutlich zu machen.

Ging es in den Artikeln und Kommentaren bis Ende der 1970er Jahre hauptsächlich um den politischen Schlagabtausch zwischen Parteien und um die Schärfe der Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft, so stehen jetzt allmählich die Betroffenen im Mittelpunkt. Und zwar Unbekannte, solche, die erst wegen ihrer Entlassung aus dem Schuldienst oder durch Gerichtsverfahren regionale Aufmerksamkeit erfahren.

Einer solchen Berichterstattung geht stets zivilgesellschaftliches Engagement voraus: Eltern, Schüler und Kollegen werden aktiv, wenn einer geschätzten Lehrerin oder einem beliebten Lehrer ein Berufsverbot droht und wenden sich an die örtliche Presse – und im besten Fall fängt die an, zu berichten.

Davor hatten die Blätter eher über prominente Opfer des Erlasses (z.B. Brückner und Narr) geschrieben, die meistens von weiteren Prominenten – Wissenschaftlern und Künstlern – öffentlichkeitswirksam unterstützt wurden. Darüber hinaus baten Wochenzeitungen die Betroffenen manchmal sogar selbst, Artikel bei ihnen zu veröffentlichen, schließlich waren es eloquente und begabte Autoren, die eine Menge zu sagen hatten.

Die Protagonisten der **niedersächsischen Berichterstattung über den Radikalenerlass in den 1980er Jahren**

sind dagegen nicht prominent, kommen aus Westoverledingen, Garbsen, Hildesheim oder Varel. Sie arbeiten überwiegend als Lehrerinnen und Lehrer oder Referendarinnen und Referendare. Erst durch Bürgerinitiativen werden ihre Schicksale bekannt. Hin und wieder ist in der journalistischen Wortwahl eine gewisse Empathie für diejenigen zu spüren, die bestraft werden. „Lehrerin Anke Pfitzner bangt um ihre berufliche Zukunft“, schreibt beispielsweise die HAZ.⁶⁹ Gegen die 43-Jährige wurde ein Berufsverbotsverfahren eingeleitet, weil sie für die DKP kandidiert hatte. In dem zitierten und in weiteren Artikeln der HAZ wird darauf hingewiesen, dass Protest-Demonstrationen stattfinden, dass Eltern, Vorgesetzte und Schüler sich für die Pädagogin einsetzen und sie kommt selbst zu Wort:

69 HAZ Landkreiszeitung Nord, 9.1.1985.

70 Ebd.

71 Neue Presse, 30.9.1983.

„Was sie tun wird, wenn das Urteil gegen sie ausfällt, ist Anke Pfitzner noch nicht klar. ‚Ich weiß es nicht.‘ sagt sie leise. Der angekündigte Prozess und die bisherigen Auseinandersetzungen haben ihre Spuren hinterlassen.“⁷⁰

Deutlicher ist bereits zwei Jahre zuvor die Neue Presse anlässlich eines Disziplinarverfahrens gegen Karl-Otto Eckartsberg geworden. **Auch dieser Lehrer hatte für die DKP kandidiert.** Zum Prozess waren 100 seiner Schüler aus der IGS Garbsen gekommen. Das Gericht verurteilt den Lehrer: Entlassung aus dem Schuldienst.

„Viele der Jugendlichen konnten ihre Tränen nicht zurückhalten, andere reagierten voll Wut. [...] Zu dieser Stunde der Verwirrung junger Menschen durch Staat und Justiz passte es, dass die Polizei schließlich – teilweise mit gezogenen Knüppeln – den Saal räumen wollte.“

Und zu dem Urteil:

„Bedenkt man, dass nach diesem Muster nun wohl eine Welle von Prozessen gegen DKP-Kandidaten abgewickelt wird, so ist es das Musterbeispiel eines Urteils, das die deutsche Justiz endlich wieder bereichert. Um ein Armutszeugnis.“⁷¹

Die „Welle“ schwappt in den 1980er Jahren tatsächlich durch Niedersachsen – in Form einer weiter verschärften Berufsverbotspraxis der CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht. Diese Politik ruft die überregionale Presse auf den Plan. „Es ist schlimmer geworden“, titelt etwa das Erziehungsmagazin *päd.extra*⁷² und die ZEIT konstatiert: „Es geht um die Gesinnung“.⁷³ Die niedersächsische Landesregierung habe „zum großen Aufräumen im öffentlichen Dienst geblasen. [...] Gegen fünfzehn DKP-Lehrer, alle Beamte auf Lebenszeit, wurde ein förmliches Verfahren eingeleitet. [...] Der Prozess von Hannover [hier: das Verfahren gegen den Hildesheimer Realschullehrer Udo Paulus, Anm. HL] ist reich an Merkwürdigkeiten und Widersprüchen.“⁷⁴ Äußerst „merkwürdig“ ist beispielsweise Richter Otto Groschupf, Vorsitzender der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover, den seine Richterkollegen am Verwaltungsgericht längst für befangen erklärt haben und der dennoch die ganze **Prozessserie** führt. Groschupf hatte die DKP für verfassungswidrig erklärt, was sie nicht war, wiederholt von „Kommunistenprozessen“ gesprochen und seine Verhandlungsführung mutet befremdlich an. „Richter Otto Groschupf reckt den Hals und schnappt nach Luft“, schildert die ZEIT ihn in der Prozessberichterstattung, von „fahrigem Hast“ ist die Rede, von „juristischer Fehlleistung“ und: „Richter Otto Groschupf verliert die Beherrschung“.⁷⁵

Die Neue Presse warnt schon im Vorfeld der Prozesswelle „Leumundszeugen sind im Verfahren nicht gefragt“⁷⁶ und bezieht sich damit auf die juristische Praxis Groschupfs, Zeugenaussagen von Kollegen oder Eltern, die für die angeklagten Lehrer, deren pädagogische Qualifikation und politische Neutralität sprechen könnten, entweder nicht zuzulassen oder als irrelevant abzutun. „Der vorsitzende Richter Groschupf will diese Zeugen nicht [...] sehen“, berichtet die taz. „Diesbezügliche Anträge der Rechtsanwälte [...] schmetterte er ab.“⁷⁷

Wütende Leserbriefe anlässlich der Berufsverbotsprozesse veröffentlicht die HAZ im November 1984: „In Niedersachsen betätigt sich der Regierungschef persönlich als Kommunistenfresser“⁷⁸, heißt es da etwa oder kritisch zu der juristischen Vorgehensweise gegen DKP-nahe Lehrer: „Nur politischer Druck wird Gerichte dazu bewegen, dem Grundgesetz wieder Geltung zu verschaffen, in dem es heißt: ‚Niemand darf wegen seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.‘“ Und: „Ein Staat, dessen bürgerlich-liberale Verfassung in der Praxis nicht zählt, ist es nicht wert, demokratisch genannt zu werden. Grundrechte gelten auch für Kommunisten.“

Die niedersächsische CDU-Regierung verschärft ihre Berufsverbotspraxis zu einer Zeit, in der die Regierungen

- 72 päd.extra 5/1985.
 73 ZEIT, 39/1984.
 74 Ebd.
 75 Ebd.
 76 NP, 31.8.1984.
 77 taz, 10.9.1984.
 78 HAZ, 30.11.1984.
 79 Leinezeitung (HAZ), 11./12.2.1984.

anderer Bundesländer längst eine Lockerung des Radikalenerlasses erwägen. Die Politik des Albrecht-Kabinetts mutet wie ein letztes konservatives Gefecht gegen einen liberaleren Trend an. Peinlichkeiten bleiben da nicht aus. Zum Skandal gerät die Polizeiaktion gegen einen 15-Jährigen Schüler. „Kripo suchte im Kinderzimmer nach gefälschten Marken“, berichtet die Leinezeitung im Februar 1984.⁷⁹ Und kommentiert: „Eigentlich nicht vorstellbar“.

Was war passiert? Der Schüler Thomas B. hatte sich an einer Protestaktion der IGS Garbsen gegen die Entlassung des Lehrers Karl-Otto Eckartsberg beteiligt. Die Aktion war vom Schülerrat initiiert. Der hatte fotokopierte Postkarten mit einem Appell für den bedrohten Lehrer verteilt, die Schüler unterschreiben konnten. Gesammelt sollten die Karten dann der Bezirksregierung übergeben werden. Thomas B. und einige andere Schüler warfen die Postkarten aber direkt in den Briefkasten, waren sie doch an die Bezirksregierung ordnungsgemäß adressiert. Nur echte Briefmarken klebten da nicht drauf – die waren kopiert. „Thomas B. ist dringend verdächtig, sich dadurch eines Vergehens der Wertzeichenfälschung nach § 148 StGB schuldig gemacht zu haben“, beschloss daraufhin die Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts Hannover und eine Richterin ordnete „die

Durchsuchung der Wohnung des Beschuldigten und seiner Person“ an, „zur Auffindung von Beweismitteln.“⁸⁰

Die Eltern des Jungen wandten sich sofort an die Presse und die Empörung war groß. Es sei erschreckend, „dass mindestens ein Staatsdiener den Antrag stellt, ein weiterer Staatsdiener das Begehren trotz offensichtlicher Absurdität artig bewilligt und drei weitere Staatsdiener ohne erkennbare Skrupel einen leicht erkennbaren Unfug im Amt begehen.“, schreibt die Leinezeitung.⁸¹

Als die oppositionelle SPD im niedersächsischen Landtag mit einer Anfrage an die Regierung protestiert, muss der zuständige Justizminister Walter Remmers zurückrudern. „Durchsuchung war nicht angemessen“, vermeldet die HAZ⁸² und die NP titelt: „Minister entschuldigt sich im Parlament bei Eltern eines Schülers“⁸³. Der Kommentar des NP-Journalisten lässt keinen Zweifel daran, wie er die Handhabung des Radikalenerlasses in Niedersachsen beurteilt. „Die Bezirksregierung Hannover, die auch hier den Stein ins Rollen brachte, betreibt dabei längst das Geschäft politischer Einschüchterung gegen Lehrer und Schüler in Garbsen. Sie ist dabei willfähiges Werkzeug einer CDU-Landesregierung, die mit ihrer Berufsverbotspraxis inzwischen noch weit vor Bayern und Baden Württemberg einsame Spitze ist.“⁸⁴

Fast „einsame Spitze“ bleibt Niedersachsen noch eine ganze Weile. 1985 hebt als erstes das Saarland den Radikalenerlass auf, weitere Bundesländer folgen oder mildern den Erlass zumindest ab. Erst 1990, als die Regierung zum Kabinett von Gerhard Schröder wechselt, verabschiedet sich auch Niedersachsen von den Berufsverboten. Nur Bayern entscheidet sich dazu noch später – 1991.

Doch obwohl seit den 1980er Jahren in einigen Medien Kritik am Radikalenerlass geäußert wird und eine gewisse Empathie mit davon Betroffenen durchschimmert, ist Vorsicht geboten: Diese Art der Berichterstattung macht eben diese Betroffenen zu bedauernswerten Opfern, zu entpolitisierten Figuren, denen gegenüber ein Staat wie die Bundesrepublik es sich leisten kann, großzügig zu sein. Jedenfalls mit Worten. Finanzielle Entschädigung für Verdienstauffälle oder magere Renten wegen der Berufsverbote hat bis heute keine Landesregierung auf der Agenda, auch nicht die niedersächsische.

Conclusio

Zusammenfassend lässt sich bei einer Medienbetrachtung unterschiedlicher Zeitungen zwischen Mitte der 1960er und Mitte der 1980er Jahre feststellen, dass über den Radikalenerlass häufig und zum Teil kontrovers berichtet wurde.

- 80 Beschluss Amtsgericht Hannover,
Geschäfts Nr. 54 Gs 103 / 83, 9.12.1983.
- 81 Leinezeitung (HAZ), 11./12.2.1984.
- 82 HAZ, 20.2.1984.
- 83 NP, 20.2.1984.
- 84 Ebd.
- 85 Vgl. Rousbeh Legatis, Die Unentbehrlichen:
Zur konstruktiven Rolle von Medien und
Journalisten im peacebuilding, Zeitschrift für
Friedens- und Konfliktforschung 1 / 2012.

Es wird deutlich, dass Medien eine Schnittstellenfunktion in der politischen Sphäre der Bundesrepublik haben und so einen Schlüsselakteur in der gesellschaftlichen Entwicklung darstellen. Sie prägen als Deutungsinstanzen politischer Ereignisse die Wahrnehmung sowohl der Bevölkerung, die gewählte Vertreter zu politischem Handeln legitimiert, als auch die eben jener Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die konkrete politische Prozesse initiieren und beeinflussen.⁸⁵ Markant ist das bei der Sozialdemokratischen Partei zu beobachten, die wie eine von konservativen Politikern, aber auch von einer rechten Presse Getriebene erscheint, bis sie nach langem Ringen dem Radikalenerlass 1972 überhaupt zustimmt.

Auffallend ist im weiteren Verlauf bei Berichten über die Umsetzung des Beschlusses die gesamten 1970er Jahre hindurch, dass alle konservativen Blätter – aber auch liberalere wie der SPIEGEL und die ZEIT – die Zuordnung „Kommunist“ wie einen Kampfbegriff verwenden: Charakterisiert wird damit jemand, die oder der die demokratische Verfassung angeblich ablehnt, manchmal sogar außer Kraft setzen will. Unterstellt wird außerdem, dass jene „Kommunisten“ andere mit ihren Ideen beeinflussen wollen, vor allem Kinder

und Studierende seien einer solchen Indoktrination von kommunistischem Lehrpersonal ausgesetzt. Belege dafür fehlen weitgehend, und auch wie eine „Indoktrination“ aussehen oder stattfinden könnte, wird nicht konkretisiert.

Die Zuspitzung auf einige Schlagworte, mit denen Kritikerinnen und Kritiker deutscher Verhältnisse diskreditiert werden, folgt einer ideologischen Logik, mit der „die 68er“ von Beginn an kleingeredet wurden: Die außerparlamentarische Oppositions-Bewegung, die viele bunte Facetten hervorbrachte – Spontis, Anarchos und Feministinnen zum Beispiel, oder Autonome, Linke, ganz Linke und Halb-Linke, Kirchenkritiker, Ökos und Alternative – wird in konservativen Kreisen und den entsprechenden Medien stets als „kleine radikale Minderheit“ bezeichnet, deren Proteste samt Utopien im Grunde nach kurzer Zeit verschwunden seien. Übriggeblieben – so der Tenor – seien altmodische, unbelehrbare Betonköpfe, die Handlungsanweisungen des Sowjetkommunismus verinnerlicht hätten, und Terroristen. Es drängt sich die Frage auf, warum der Staat, wenn es sich doch nur um eine ‚kleine Minderheit‘ handelte, mit so massiven Polizeimaßnahmen und juristischen Verschärfungen wie dem Extremistenbeschluss, reagiert hat?

In allen Medien fehlt die Ausleuchtung des gesellschaftlichen Dunkelfeldes, das der Radikalenerlass erzeugt hat: die große Menge derjenigen jungen Frauen und Männer, die sich im Bewusstsein dieses Erlasses gar nicht erst für eine Arbeit im öffentlichen Dienst beworben haben. Aus der Befürchtung, ohnehin nicht genommen zu werden, oder weil sie einen Staat, der einen solchen Extremistenbeschluss umsetzte, als Arbeitgeber ablehnten. Ein ganzes Potenzial kritischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist dem öffentlichen Dienst damit über 45 Jahre verloren gegangen. In den Medien werden zwar Kritiker des Radikalenerlasses zitiert mit Begriffen wie „Gesinnungsschnüffelei“ oder „schleichendes Gift“. Aber die langanhaltende Wirkung des Beschlusses, die er bis heute auf junge Beamte und Angestellte im Schuldienst, in Ämtern oder Verwaltungen ausübt, die mittlerweile unausgesprochene Einschüchterung, wird gar nicht oder wenn, viel zu vorsichtig thematisiert.